

Wochenbericht

19. Jahrgang

Berlin, den 22. Februar 1952

Nummer 8

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig.

Verteidigungsbeitrag

Die Höhe des künftigen „Verteidigungsbeitrags“ der Bundesrepublik steht gegenwärtig im Brennpunkt des öffentlichen Interesses. Vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus betrachtet handelt es sich darum, ob dieser Beitrag „tragbar“ erscheint oder ob durch seine etwaige Überhöhung der deutschen Wirtschaft Schaden zugefügt wird, der ihre künftige Leistungsfähigkeit herabsetzt, so daß durch diese Überhöhung — auf längere Sicht gesehen — für die deutsche Verteidigungskraft nichts gewonnen, vielleicht aber viel verloren würde. Die nachfolgende überschlägige Berechnung soll, gestützt auf die Ergebnisse der vom DIW vierteljährlich durchgeführten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die Grenzen der tragbaren Belastung abtasten.

Bereits im Wochenbericht Nr. 3 vom 18. Januar 1952 wurde eine vorläufige Schätzung des westdeutschen Bruttosozialprodukts für das Jahr 1951 veröffentlicht. Gleichzeitig wurde festgestellt, daß innerhalb des Jahres 1951 sich der wirtschaftliche Anstieg erheblich abgeflacht hat, so daß gegenwärtig nur mit einer realen Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts von monatlich 0,5 vH, jährlich also von 6 vH, gerechnet werden kann. Auch diese Steigerungsquote ist im Vergleich zu dem in anderen Ländern bei normaler Wirtschaftsentwicklung langfristig erzielten Fortschritt — jährlich 3 bis 5 vH — noch immer sehr hoch. Daher wurde für eine überschlägige Berechnung unterstellt, daß sich die Zunahme des westdeutschen Sozialprodukts auch künftig noch abschwächen wird. Dabei war für die Fortrechnung nicht von der veröffentlichten Schätzung für 1951 auszugehen, deren Angaben auf um die Jahreswende bereits überholten Preisen beruhen, sondern von einem um 3 bis 4 Mrd. DM höheren Betrag, der die inzwischen eingetretene Preissteigerung berücksichtigt.

Die nachfolgende Übersicht zeigt in der ersten Spalte die Verwendung des Sozialprodukts im Jahre 1951; die Zahlen entsprechen dem im Wochenbericht Nr. 3 gegebenen Rahmen.

In der zweiten Spalte wurden, um einen neuen Ausgangspunkt für die Schätzung der weiteren Entwicklung zu schaffen, die bis zum Jahresende eingetretenen Veränderungen sowohl in der Höhe des Sozialprodukts als auch in seiner Verwendung berücksichtigt. Dabei zeigt sich, daß etwa die Hälfte des gesamten Zuwachses auf Preissteigerungen beruhte, also lediglich nomineller Natur war, während die andere Hälfte des Zuwachses den von Mitte 1951 bis Ende 1951 erzielten echten realen Fortschritt kennzeichnet. Überdurchschnittlich zugenommen haben in diesem halben Jahr neben dem „Verteidigungsbeitrag“ der öffentliche Verwaltungsbedarf (hauptsächlich als Folge der Aufbesserung der zurückgebliebenen Löhne und Gehälter), ferner die Anlageinvestitionen, wäh-

rend die Lagerbildung aus konjunkturellen Gründen stark zurückging.

In der dritten und vierten Spalte der Übersicht werden die Vorschätzungen für 1952 und 1953 gegeben. Dabei wurde unterstellt, daß das Preisniveau sich auf dem Ende 1951 erzielten Stand halten wird, ferner daß die jährliche Wachstumsrate des Sozialprodukts zunächst 6 vH — dies macht für das in Betracht kommende Halbjahr (Ende 1951 bis Mitte 1952) rund 4 Mrd. DM aus —, später 4 vH (oder für den Zeitraum Mitte 1952 bis Mitte 1953 5 Mrd. DM) betragen wird. Bei der Verteilung des Sozialprodukts auf die verschiedenen Verwendungszwecke wurde so vorgegangen, daß zunächst dem privaten Verbrauch die — sicher nicht übermäßige — jährliche Zuwachsquote von 3 vH zugemessen wurde. Ohne eine solche Ausweitung des Massenverbrauchs wird es praktisch nicht möglich sein, das Sozialprodukt über eine verbesserte Arbeitsproduktivität und gleichzeitige Vermehrung der Arbeitskräfte in dem erforder-

Verwendung des Sozialprodukts bei steigendem
Verteidigungsbeitrag
Schätzung in Mrd. DM¹⁾

	1951	1951/52 ²⁾	1952	1953
Privater Verbrauch	69	74	75	77
Öffentlicher Verwaltungsbedarf	7	8	8	8
Bruttoanlageinvestitionen (ohne Besatzungsinvest.)	22	24	25	26
Lagerbildung	5	3	3	4
Ausfuhrüberschuß	•	•	1	1
Verteidigungsbeitrag	8	9	10	11
darunter				
Besatzungskosten	6,1	7,0	•	•
Außenbeitrag für Westberlin ..	1,4	1,4	•	•
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	111	118	122	127

¹⁾ Die Angaben für 1951 beruhen auf den tatsächlich gezahlten jeweiligen Preisen, die Schätzungen für 1951/52 bis 1953 sind auf die Ende 1951 gültigen, im Durchschnitt um etwa 3 vH höheren Preise abgestellt. — ²⁾ Mitte 1951 bis Mitte 1952.

lichen Ausmaß zu steigern und damit ein Verteidigungsprogramm großen Stiles güterwirtschaftlich zu unterbauen. Bei der Schätzung des öffentlichen Verwaltungsbedarfs wurde unterstellt, daß der Verwaltungsapparat die sich andeutenden neuen Aufgaben ohne nennenswerte zusätzliche Kräfte bewältigen kann, eine gewiß sehr optimistische Annahme. Bei der Bruttoanlageinvestition wurde sowohl für die Zeitspanne von Ende 1951 bis Mitte 1952 als auch für das anschließende Jahr eine Steigerung von je 4 vH in Ansatz gebracht, da zweifelsohne die Durchführung des Verteidigungsprogramms zusätzliche Investitionen erfordern wird und dabei das angelaufene langfristige Wohnungsbauprogramm keine Verzögerung erleiden darf. Der für 1952 und 1953 in die Schätzung eingesetzte Ausführüberschuß von je 1 Mrd. DM wird nach Wegfall der ERP-Hilfen nur bei straffer Handhabung der hier gegebenen Lenkungsmöglichkeiten ausreichen, um die Manövrierfähigkeit der deutschen Außenwirtschaft zu sichern, insbesondere, da die gegenwärtigen Reserven der BdL relativ gering sind, und sich neue Ausgaben außerhalb des Ausgleichs der Handelsbilanz ergeben werden. Bei der Beurteilung der Ansätze für die künftige Lagerbildung (3 bzw. 4 Mrd. DM) ist zu berücksichtigen, daß dieser Posten im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung u. a. die Aufgabe hat, den Lagerzyklus auszugleichen. So wäre es möglich, daß die wachsende Produktion zu einem Teil — in zeitlicher Phasenverschiebung — weniger rasch umgeschlagen werden kann, was zu größeren Lägern führen muß, ganz abgesehen davon, daß stetiger

Produktions- und Absatzzuwachs auch eine Mehrung der Lagerhaltung erfordert.

Nach Abzug der vorgenannten Posten ergeben sich als für den „Verteidigungsbeitrag“ verfügbares wirtschaftliches Potential für das Jahr 1952 10 Mrd. DM, für 1953 11 Mrd. DM. Für den internationalen Vergleich sind diese Beträge in Beziehung zu setzen zum sogenannten „Brutto-sozialprodukt zu Faktorkosten“ (d. h. Brutto-sozialprodukt zu Marktpreisen minus indirekte Steuern). Die Anteile des Verteidigungsbeitrags an diesem so abgegrenzten Sozialprodukt würden 9,5 bzw. 10,1 vH betragen.

Wie aus den Verlautbarungen der Presse hervorgeht, dürfte dies Ergebnis im großen ganzen dem gegenwärtigen *deutschen Angebot* entsprechen. Das Zugeständnis eines höheren Beitrags würde ohne Zweifel den Ausbau der deutschen Wirtschaft beengen. Sollte sich aber hieraus eine niedrigere Zuwachsquote für das Sozialprodukt ergeben, als in unserer Schätzung angenommen wurde, so würde die Rechnung ohnedies revisionsbedürftig werden. Auch finanztechnisch dürfte ohne neue Erhöhung der Steuersätze kein größerer Verteidigungsbeitrag herauszuholen sein. Die „ultima ratio“ in einem solchen Fall, die Finanzierung des Defizits des öffentlichen Haushalts durch Kreditschöpfung seitens der Notenbank, begegnet wegen der mit ihr zwangsläufig verbundenen inflatorischen Auswirkungen größten Bedenken. Auch würde bei Anwendung dieser zu Preissteigerungen führenden Methode der Finanzierung des zugesagten Verteidigungsbeitrags nur seine nominelle Höhe, nicht sein realer Inhalt gewährleistet werden können.

Verlangsamung des Aufschwungs — Nachlassen der expansiven Kräfte

*Konjunkturdiagnose des
Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Mitte Februar 1952¹⁾*

Die Auftriebskräfte der westlichen Wirtschaft haben in den letzten Wochen über die saisonal bedingten Rückschläge des Jahresanfangs hinaus konjunkturell nachgelassen. Die entscheidende Ursache hierfür liegt in der durch die weitere weltpolitische Beruhigung bedingten, neuerdings sogar eher wieder etwas verstärkten Zurückhaltung der letzten Konsumenten in den Vereinigten Staaten von Amerika. Die damit verbundene hohe Spartätigkeit ist zwar genau das, was die Rüstungswirtschaftspolitik als wichtigste Anti-Inflations-Therapie seit Mitte 1950 erzielen wollte, und diese Entwicklung ist insofern als sehr gesund zu bezeichnen. Eine bedenkliche Unsicherheit liegt dabei aber darin, daß die Dauer dieses Zustandes außerordentlich ungewiß und diese „gesunde“ Lage also als sehr labil zu betrachten ist, was in der praktischen Wirtschaftspolitik offenbar nicht ausreichend berücksichtigt werden kann. Im Augenblick hält die dämpfende Wirkung, die von da über die eher wieder nachgehenden Rohstoffpreise und die weiter verhältnismäßig niedrige amerikanische Einfuhr auf die ganze übrige westliche Weltwirtschaft ausstrahlt, auch in allen anderen westlichen Ländern die an sich gegebenen konjunkturellen Auftriebskräfte in Schach.

In einigen Ländern, vor allem in Großbritannien und Frankreich, wird die konjunkturelle Zurückhaltung nun noch dadurch verstärkt, daß sie ihre gestörten Zahlungsbilanzen durch drasti-

sche Beschränkung von Einfuhr, Investition und Verbrauch sowie durch Kreditrestriktion ins Gleichgewicht zu bringen suchen. In anderen Ländern, so vor allem in der Bundesrepublik, spielt das Nachlassen bzw. Aufhören wichtiger expansiver Kräfte von seiten des Außenhandels und des öffentlichen Haushalts eine wesentliche Rolle.

Für fast alle Länder bildet im laufenden Vierteljahr die Tendenz zu beträchtlich steigenden Einnahmen in den Staatshaushalten (Häufung der wichtigsten Steuertermine und Wirksamwerden von Steuererhöhungen) einen wesentlichen Faktor, der kontrahierend wirkt oder in der nächsten Zeit wirken wird. Saisonübliche Entwicklungen und eine besondere konjunkturelle Situation — die Nachwirkung des Konjunkturaufschwungs 1950/51 in den Steuereinnahmen — wirken hier zusammen. Das Bestreben der westlichen Staatsführungen, ihre steigenden Einnahmen zur Reservebildung, Schuldentilgung und zur verminderten Kreditbeanspruchung zu verwenden, ist zu einem Teil bereits wirksam geworden. So kann in Westdeutschland im laufenden Quartal mit einem kontrahierenden Einfluß der öffentlichen Kassengebarung gerechnet werden. Auch Großbritannien, das traditionell am Jahresanfang erhebliche Überschüsse seines Staatshaushaltes erzielt, wird diese Überschüsse diesmal schon mit

¹⁾ Der Erstabdruck dieses Berichtes (mit leichten Kürzungen) erfolgte im „Tagesspiegel“ vom 21. Februar 1952.

Rücksicht auf seine angespannte äußere Lage als Ergänzung seiner monetären Restriktionen wirken lassen und versuchen, sie durch Drosselung und Streckung seiner Ausgaben so groß wie möglich zu halten. In Frankreich sind zwar keine Überschüsse zu erwarten, aber die Tendenz zum Abbau der Defizite ist ebenfalls vorhanden. Auch in den Vereinigten Staaten ist für die nächsten Monate bis Ende des Haushaltsjahres 1951/52 (im Juni dieses Jahres) eher mit einem kontrahierenden als einem expandierenden Einfluß von seiten des öffentlichen Haushaltes zu rechnen.

Die Konjunktur der westlichen Länder wird zwar immer noch von einer relativ hohen Investitionsneigung gestützt, aber der stimulierende Einfluß eines überhöhten Verbrauchs hat aufgehört. Zum Teil sind bereits erhebliche Spannungen zwischen relativ hoher Investition und relativ niedrigem Verbrauch zu verzeichnen, so etwa in den Vereinigten Staaten von Amerika. In den anderen Ländern wird dabei der Spielraum zu weiterer Expansion ohne inflatorische Auswirkungen gerade heute in hohem Maße durch die jeweilige konjunkturelle Situation der Vereinigten Staaten bestimmt. Die Ursachen der mit so großer Schnelligkeit und in so beträchtlichem Ausmaß akut gewordenen Störungen der westeuropäischen Zahlungsbilanzen einschließlich der des Sterling-Raumes gehen letzten Endes auf diese konjunkturelle Abhängigkeit zurück. Die Einfuhren des Dollarraums aus dem Nicht-Dollarraum haben seit Kriegsende die Tendenz, schon bei relativ bescheidenen Veränderungen der amerikanischen Binnenkonjunktur außerordentlich scharf nach oben oder unten zu reagieren. Jede etwas längere konjunkturelle „Flaute“ in den Vereinigten Staaten bringt die Zahlungsbilanzposition Westeuropas ins Wanken, und besonders wenn diese auf Grund einer vorangegangenen amerikanischen Hochkonjunktur — wie 1950/51 — zuvor verhältnismäßig günstig war und das innere Konjunkturniveau in Westeuropa sich auf diese Zahlungsbilanzsituation als auf einen dauerhaften Zustand schon eingerichtet hatte.

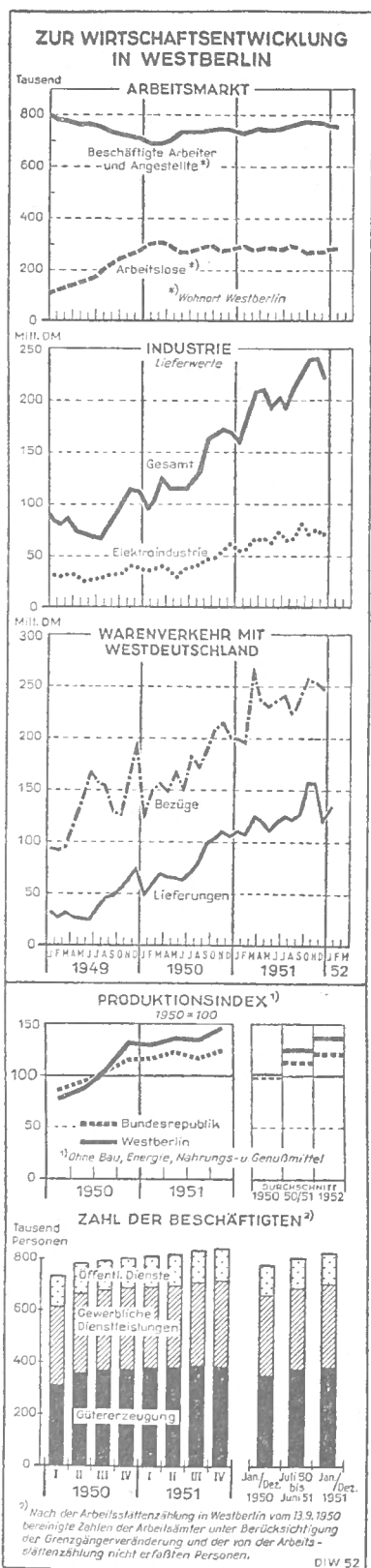
Die Gefahren des sich jetzt nach der eingetretenen Normalisierung der internationalen Rohstoffpreise wieder zeigenden Ungleichgewichtes der europäischen Zahlungsbilanzen als Folge einer rückläufigen und zum Teil unter dem laufenden Bedarf liegenden Nachfrage der Vereinigten Staaten bestehen im möglichen Wirksamwerden von vielleicht sogar starken deflatorischen Kräften. Das von diesem Ungleichgewicht zur Zeit am meisten betroffene Großbritannien einschließlich des gesamten Sterlingraumes will seine Zahlungsbilanzkrise auf diesem Wege beseitigen und damit die Sicherung seiner Währung auch um den Preis einer Unterbeschäftigung durchführen. Die unmittelbaren Wirkungen der britischen Maßnahmen auf das übrige Westeuropa dürften zunächst negativ sein. Auch Frankreich wird, wenn es den im Gegensatz zu Großbritannien sehr viel stärkeren inflatorischen Prozeß beenden will, den Weg einer kräftigen Anti-Inflations-Politik beschreiten müssen.

Gegenüber der gestörten Stabilität der britischen und französischen Wirtschaft und dem sehr labilen Gleichgewicht der amerikanischen Wirtschaft zeigt die konjunkturelle Situation Westdeutschlands ein beachtlich hohes Maß von Stabilität. Das nach wie vor durch die innere und äußere Engpaßerweiterung bestimmte Tempo des Wachstums des westdeutschen Sozialproduktes

erfährt im Rahmen der augenblicklichen konjunkturellen Lage von seiten der eigentlichen Konjunkturstützen Investition, Verbrauch, öffentlicher Haushalt und Ausfuhr keine Impulse. Der Kreditbedarf der öffentlichen Hand ist seit Monaten rückläufig. Die Einnahmen von Bund und Ländern sind beträchtlich gestiegen. Die kontrahierende Wirkung der Kassenüberschüsse der öffentlichen Hand ist allerdings teilweise dadurch wieder gemildert worden, daß ein Teil der staatlichen Einnahmen durch Kreditaufnahme der Steuer- und Abgabeverpflichteten finanziert wurde. Auch die anomal hohe, jedoch nur vorübergehend durch besondere Umstände bedingte Zunahme der Spareinlagen im Dezember hat sich im Januar wieder normalisiert. Bei einer weiteren Zunahme des kurzfristigen Kreditvolumens, wie sie entgegen den saisonalen Tendenzen zu Beginn des Jahres erfolgte, können hier wiederum gewisse expansive, von der Wirtschaft selbst ausgehende Tendenzen durchschlagen. Denn dieser zunehmende kurzfristige Kreditbedarf deutet trotz seiner teilweisen Verwendung für steuerliche und Tilgungszwecke darauf hin, daß die Investitionsneigung der westdeutschen Wirtschaft nicht nachgelassen hat. Der Rückhalt dieser Investition am Verbrauch ist zwar geringer geworden. Aber sowohl das Weihnachtsgeschäft wie der Winterschlußverkauf waren so befriedigend, daß der Handel zu einem großen Teil in dem erwarteten Ausmaß seinen Liquiditätsstatus verbessern konnte, und zwar vorsichtig, aber nicht pessimistisch für das Frühjahr und den Sommer disponiert. Trotz der verhältnismäßig aktiven Rolle, die der private Verbrauch im Gegensatz zur unbefriedigenden amerikanischen Entwicklung im gegenwärtigen Konjunkturbild der westdeutschen Wirtschaft spielt, hat der Verbraucher, da er sehr viel preis- und qualitätsbewußter geworden ist, auf die Preisentwicklung der Endprodukte einen zunehmend stabilisierenden Einfluß ausgeübt. Die nach oben gerichteten Preisbewegungen ränken sich daher in der Hauptsache auf die eigentlichen Erzeuger- und Großhandelsstufen.

In den außenwirtschaftlichen Beziehungen hat sich trotz des ungewöhnlich hohen Ausfuhrüberschusses im Dezember der expansive Druck infolge der rückläufigen Devisenüberschüsse weiter verringert. Die augenblickliche und zukünftige Position des westdeutschen Außenhandels ist unbeschadet der beachtlichen Ausfuhrerfolge des vergangenen Jahres keineswegs so ausgeglichen, wie dies zunächst erscheinen mag. Der Tendenz zur Aktivierung der westdeutschen Handelsbilanz gegenüber den EZU-Ländern steht die Tendenz zur Passivierung der Dollarbilanz gegenüber. Auch wenn Westdeutschland bei Fortdauer der gegenwärtigen Entwicklung den Aktivsaldo gegenüber dem EZU-Raum, der bisher zur Schuldentilgung verwandt wurde, in steigendem Maße für den Ausgleich seines Passivsaldo im Dollarraum verwenden kann, so ist damit noch keineswegs die Gewähr oder auch nur eine begründete Wahrscheinlichkeit gegeben, daß die aus dem EZU-Saldo anfallenden Gold- und Dollarbeträge ausreichen werden, um die nur noch in sehr verringertem Umfang durch amerikanische Kredite ermöglichte Einfuhr an notwendigen Rohstoffen und Lebensmitteln aus dem Dollarraum ausreichend zu finanzieren. Auch Westdeutschland wird sich daher unter verschärften Wettbewerbsbedingungen dem „dollar-drive“ der übrigen westeuropäischen Länder einfügen müssen.

Westberliner Wirtschaftslage Mitte Februar 1952



Nach der üblichen saisonalen Abnahme ist die Zahl der Beschäftigten ebenso wie im Vorjahr seit Mitte Januar wiederum gestiegen und die Zahl der Arbeitslosen gesunken. Damit wurde sowohl 1952 wie 1951 der Tiefpunkt der Beschäftigung Mitte Januar erreicht (ihr Höchststand war wie im Vorjahr Anfang Oktober festzustellen). Dabei war der Saisoneinbruch — nach den Zahlen der Arbeitsämter — um die Jahreswende 1951/52 ausgeprägter als im Vorjahr; innerhalb des angegebenen Zeitraumes ging die Beschäftigung 1951/52 um etwa 20 000, 1950/51 um etwa 17 000 Personen zurück. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Bekleidungsindustrie Ende 1951 wesentlich mehr Menschen beschäftigte als im Vorjahr und daher in der stillen Saison entsprechend mehr Heimarbeiter vorübergehend ohne Arbeit waren.

Die Industrieproduktion war im Dezember niedriger als im Vormonat (Weihnachtsfeiertage!) und dürfte im Januar wiederum gestiegen sein, wie sich zum mindesten für die Elektroindustrie aus den Ergebnissen des monatlichen Tests des DIW vermuten läßt.

Im Jahresdurchschnitt 1951 lag die Industrieproduktion Westberlins um 37 vH über dem Durchschnitt von 1950, während die Zunahme in der Bundesrepublik — allerdings auf mehr als doppelt so hohem Niveau (je Einwohner berechnet) — im gleichen Zeitraum 21 vH betrug. Daraus läßt sich ein erfreulicher Fortschritt Westberlins ablesen. Allerdings ist zu beachten, daß die Produktion im Lauf des Jahres 1950 stürmisch, 1951 dagegen nur langsam anstieg. Betrachtet man statt der Jahresdurchschnitte die vierteljährlichen Ergebnisse, so zeigt sich, daß vom letzten Quartal 1950 bis einschließlich des dritten Quartals 1951 zwar ein relativer Fortschritt gegenüber der Bundesrepublik nicht möglich war, es jedoch gelang, bei der vorübergehenden Abschwächung der Konjunktur in Westdeutschland die erreichte Position zu halten. In den letzten Monaten des Jahres 1951 konnte der immer noch sehr hohe Abstand zur Bundesrepublik weiterhin etwas verringert werden.

Die in zäher Arbeit im Laufe des Jahres 1951 erreichten Erfolge zeigen sich in einer weiteren Erhöhung nicht nur des Sozialprodukts, sondern auch der Beschäftigung. Die Zahl der Beschäftigten läßt sich — wenn man die Mängel der Arbeitsamtsstatistik ausschaltet — für den Durchschnitt 1951 mit 823 000 Personen gegenüber 775 000 Personen für den Durchschnitt 1950 berechnen. Führt man die Rechnung vierteljährlich durch, so ist vom ersten Quartal 1950 bis zum letzten Quartal 1951 sogar eine Zunahme um fast 110 000 auf 840 000 in Westberlin Beschäftigte festzustellen, von denen allerdings rd. 45 000 auf Notstandsarbeiter (einschließlich der Stamarbeiter) entfallen.

Leider haben diese Erfolge nicht zu einer entsprechenden Abnahme der Arbeitslosigkeit geführt, weil der laufende Zustrom von Flüchtlingen und der starke Rückgang der in Ostberlin arbeitenden Westberliner die Beschäftigungszunahme zum großen Teil kompensierte. Daher ist der Zeitpunkt für eine Einstellung der Notstandsarbeiten noch nicht gegeben. Auch vom Gesichtspunkt der Leistungsbilanz wäre eine wesentliche Kürzung der GARIOA-Hilfe gegenwärtig noch sehr unerwünscht, da jede Verminderung des Zustroms von auswärtigen Hilfen — auch der für die Durchführung der Notstandsarbeiten gewährten — ceteris paribus die Einfuhrmöglichkeiten Westberlins beschränken würde. Da eine Kürzung der GARIOA-Notstandshilfe ab April d. J. in gewissem Umfang unvermeidlich erscheint, will der Berliner Senat von diesem Zeitpunkt ab aus Haushaltsmitteln vierteljährlich 10 Mill. DM zur Verfügung stellen. Auf lange Sicht erscheint es durchaus möglich, den Abbau der GARIOA-Notstandsmittel nach und nach „organisch“ vorzunehmen. Denn voraussichtlich werden die Westberliner Lieferungen an die Bundesrepublik weiterhin steigen. Auch ist anzunehmen, daß sich im Handel Westberlins mit der übrigen Welt, die Preisschere, die sich seit Mitte 1950 erheblich geöffnet hatte, in der nächsten Zeit eher wieder zugunsten Westberlins schließen als weiter öffnen wird. Beide Entwicklungen lassen einen Rückgang des Einfuhrüberschusses erwarten, der zwangsläufig eine Minderung des finanziellen Zuschußbedarfs Westberlins mit sich bringen wird.

Gegenstand	Ge- biet*)	Einheit†)	1950		1951												1952
			Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Anzahl der Werktage:			25	24	26	24	25	25	23,5	26	26	27	25	27	24,5	24	26
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit																	
Beschäftigte 1)	DBR	1000	E	14163	14163	733	740	14246	743	747	750	756	765	14885	771	770	14582
„ „ „ „ „ „ „ „ „	W-B	„	„	745	738	733	740	745	743	747	750	756	765	767	771	770	767
„ „ „ „ „ „ „ „ „	O-B	„	„	532	534	534	536	536	536	536	536	536	536	536	536	536	536
darunter weibliche	DBR	vH	„	30,8	30,8	30,8	30,8	30,8	30,8	30,8	30,6	30,6	30,6	30,6	30,6	30,6	31,1
„ „ „ „ „ „ „ „ „	W-B	„	„	41,2	41,4	41,7	41,7	41,8	41,9	41,9	41,7	41,9	41,8	41,9	41,8	41,9	41,8
„ „ „ „ „ „ „ „ „	O-B	„	„	43,9	44,1	44,1	44,2	44,2	44,2	44,2	44,2	44,2	44,2	44,2	44,2	44,2	44,2
Arbeitslose bei den Arbeitsämtern	DBR	1000	„	1316	1690	1821	1662	1567	1446	1387	1326	1292	1259	1235	1214	1307	1654
„ „ „ „ „ „ „ „ „	W-B	„	„	279	286	292	286	284	290	287	286	292	285	268	263	264	277
„ „ „ „ „ „ „ „ „	O-B	„	„	29	28	29	28	28	28	28	28	28	28	28	28	28	28
Anteil der Arbeitslosen an den Arbeitnehmern 2)	DBR	vH	„	10,7	10,7	10,7	10,7	9,9	9,9	9,9	8,3	8,3	7,7	7,7	7,7	7,7	10,2
„ „ „ „ „ „ „ „ „	W-B	„	„	27,3	28,0	28,5	27,9	27,6	28,1	27,7	27,6	27,9	27,1	25,9	25,4	25,6	26,8
„ „ „ „ „ „ „ „ „	O-B	„	„	5,1	4,9	5,1	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9
Unterstützte Arbeitslose 3)	DBR	1000	„	1034	1295	1542	1449	1346	1213	1166	1110	1070	1040	1020	1002	1057	1313
„ „ „ „ „ „ „ „ „	W-B	„	„	170	180	185	183	180	185	185	184	185	179	178	179	180	194
Arbeitsunfähige Kranke 4)	DBR	„	„	454	512	584	573	472	448	443	459	467	488	490	491	455	„
Offene Stellen b. d. Arb.-Ämtern	„	„	„	100	72	104	132	145	135	127	126	125	123	124	106	82	66
„ „ „ „ „ „ „ „ „	W-B	„	„	2,6	1,7	2,5	3,0	2,1	2,2	2,2	1,8	1,9	1,8	2,0	1,8	1,5	1,7
Beschäftigung d. Industrie 5)																	
Beschäftigte, gesamte Industrie	DBR	1000	E	5098,6	5058,0	5151,9	5199,3	5242,0	5317,5	5344,8	5353,3	5367,0	5397,9	5406,8	5427,5	5423,0	5353,7
dar.: Bergbau	„	„	„	602,9	603,7	607,2	609,7	614,0	625,0	628,1	629,9	630,3	632,9	632,3	632,0	632,3	632,3
Steine und Erden	„	„	„	201,2	187,2	184,8	194,1	204,1	220,3	228,6	230,8	231,4	231,7	229,8	224,5	218,4	203,4
Eisen und Stahl	„	„	„	229,2	229,9	175,4	176,2	176,7	179,9	181,6	182,4	183,9	185,4	184,6	185,9	186,1	186,1
NE-Metalle	„	„	„	58,7	58,5	60,5	61,5	62,2	63,2	63,7	64,0	64,8	65,3	64,3	63,6	63,4	63,1
Stahlbau	„	„	„	124,3	122,4	118,4	117,6	118,1	120,1	120,8	121,1	122,8	124,6	126,1	126,0	125,5	124,1
Maschinenbau	„	„	„	476,6	479,2	487,1	493,5	500,1	513,1	518,4	523,9	528,9	534,6	537,0	539,5	541,7	541,0
Fahrzeugbau	„	„	„	204,8	206,1	204,0	206,6	211,0	212,9	215,4	213,6	211,6	210,3	209,3	207,5	207,1	206,1
Schiffbau	„	„	„	46,3	46,7	47,6	47,9	48,3	50,7	51,8	52,4	52,9	53,0	51,9	52,0	53,0	52,9
Elektrotechnik	„	„	„	277,3	277,7	290,8	293,5	296,2	300,3	302,1	305,4	309,6	313,6	313,5	312,5	310,1	304,7
Feinmechanik und Optik	„	„	„	84,2	84,6	87,7	89,3	90,2	92,2	93,0	93,6	94,3	95,5	96,6	97,3	97,6	97,6
Eisen-, Blech- u. Metall- waren	„	„	„	294,0	292,4	294,4	298,0	301,8	304,3	305,7	307,0	308,8	311,6	311,6	311,3	311,3	309,8
Chemie	„	„	„	182,4	180,4	180,9	182,5	183,8	185,5	185,5	184,9	184,4	185,2	185,0	186,8	186,9	182,9
Holzverarbeitung	„	„	„	561,8	560,7	581,7	585,8	588,9	592,3	591,1	587,3	584,3	581,9	580,4	582,5	584,0	577,6
Textil	„	„	„	223,6	221,2	232,3	236,5	238,9	240,6	234,7	230,4	227,0	226,5	227,7	232,2	233,8	229,6
Bekleidung	„	„	„	216,6	219,3	219,6	217,4	210,8	209,6	215,9	219,6	225,4	232,2	239,3	250,8	245,1	224,2
Nahrungsmittel	„	„	„	130,3	129,0	130,9	130,3	129,4	128,3	128,2	127,4	128,2	129,8	130,6	132,2	134,3	133,9
Genußmittel	„	„	„	115,5	114,6	114,7	115,8	116,8	118,5	119,1	119,3	119,6	120,3	120,5	121,0	120,9	119,4
Beschäftigte, gesamte Industrie	„	1949 = 100	„	112,7	112,2	112,5	113,8	119,2	121,6	122,7	123,3	123,8	124,5	124,4	124,2	124,0	123,0
Produktionsgüterind.	„	„	„	120,8	119,0	118,7	119,3	112,1	112,4	112,1	111,6	111,5	112,1	112,9	114,5	114,6	112,0
Verbrauchsgüterind.	„	„	„	112,7	112,2	112,5	113,8	119,2	121,6	122,7	123,3	123,8	124,5	124,4	124,2	124,0	123,0
Darunter Arbeiter 6)																	
Gesamte Industrie	DBR	1000	E	4328,6	4285,4	4359,7	4402,5	4437,8	4501,2	4524,0	4529,3	4539,8	4563,9	4570,5	4587,9	4580,0	„
„ „ „ „ „ „ „ „ „	„	1949 = 100	„	116,0	114,8	114,8	115,9	116,8	118,5	119,1	119,2	119,5	120,1	120,3	120,8	120,6	„
Produktionsgüterindustrien	„	„	„	112,8	112,2	112,3	113,6	119,2	121,7	122,9	123,5	123,9	124,6	124,4	124,1	123,7	„
Verbrauchsgüterindustrien	„	„	„	121,9	119,8	119,5	120,2	112,6	112,8	112,3	111,6	111,5	112,1	112,9	114,8	114,9	„
Geleistete Arbeiterstunden																	
Gesamte Industrie	DBR	Mill.	S	864,5	816,7	843,7	797,8	844,9	855,6	840,4	859,2	842,0	859,9	832,8	913,1	898,9	829,1
„ „ „ „ „ „ „ „ „	„	1949 = 100	„	126,4	119,4	121,3	114,7	121,5	123,0	120,8	123,5	121,0	123,6	119,7	131,2	129,2	119,8
Produktionsgüterindustrien	„	„	„	122,4	116,9	119,5	112,7	124,7	127,4	126,3	130,5	129,0	130,1	124,3	135,0	132,1	123,7
Verbrauchsgüterindustrien	„	„	„	133,9	124,2	124,6	118,4	115,7	115,1	110,8	110,8	106,4	111,6	111,2	124,2	123,7	110,6
Tägliche Arbeitszeit 7)																	
Gesamte Industrie	DBR	Std.	TD	7,99	7,94	7,44	7,55	7,62	7,60	7,91	7,30	7,13	6,98	7,29	7,37	8,01	„
„ „ „ „ „ „ „ „ „	„	1949 = 100	„	111,8	110,6	103,8	105,3	106,2	105,9	110,2	101,7	99,3	97,2	101,5	102,6	111,5	„
Produktionsgüterindustrien	„	Std.	„	7,98	7,96	7,51	7,79	7,67	7,68	8,02	7,45	7,34	7,10	7,33	7,40	8,00	„
„ „ „ „ „ „ „ „ „	„	1949 = 100	„	110,7	110,7	104,5	108,4	106,7	106,8	111,5	103,6	102,1	98,8	102,0	103,0	111,3	„
Verbrauchsgüterindustrien	„	Std.	„	8,04	7,91	7,33	7,51	7,52	7,46	7,68	6,98	6,71	6,74	7,20	7,32	8,03	„
„ „ „ „ „ „ „ „ „	„	1949 = 100	„	112,0	110,2	102,2	104,7	104,8	104,0	107,1	97,3	93,5	93,9	100,3	102,0	111,9	„
Industr.Arbeitsproduktivität 8)																	
je Beschäftigten																	
Gesamte Industrie	DBR	1949 = 100	D	131,4	126,1	123,4	129,1	130,7	132,5	133,1	131,0	125,9	122,7	129,1	131,7	138,9	128,4
Produktionsgüterindustrie	„	„	„	136,9	130,9	128,0	134,1	131,1	132,8	133,0	131,9	126,9	121,9	128,4	131,6	138,5	129,3
Verbrauchsgüterindustrie	„	„	„	120,0	115,5	113,8	118,3	128,1	130,1	131,1	125,7	120,6	122,6	128,9	129,4	138,0	123,4
je Arbeiterstunde																	
Gesamte Industrie	DBR	1949 = 100	D	118,1	113,8	118,8	122,3	122,6	124,5	120,4	128,4	126,5	126,1	127,1	128,3	124,7	121,1
Produktionsgüterindustrie	„	„	„	123,6	118,3	122,9	127,5	122,9	124,3	119,1	127,0	124,1	123,4	125,8	128,0	124,8	120,9
Verbrauchsgüterindustrie	„	„	„	106,9	104,2	110,0	111,3	120,8	123,5	121,6	129,0	129,4	130,9	128,4	126,8	123,0	118,8
Stundenverdienste d.Arbeiter																	
Lohnempfänger insgesamt	DBR 9)	Pf	D	133,9	133,9	133,9	133,9	138,3	138,3	138,3	148,0	148,0	148,0	148,8	148,8	148,8	„
„ „ „ „ „ „ „ „ „	„	1949 = 100	„	111,0	112,7	114,0	115,2	116,4	119,5	122,7	125,8	126,0	126,2	126,4	126,9	127,1	128,5
männliche Arbeiter	„	Pf	„	146,9	146,9	146,9	146,9	152,1	152,1	152,1	161,5	161,5	161,5	162,9	162,9	162,9	„
„ „ „ „ „ „ „ „ „	„	1949 = 100	„	111,9	113,7	115,1	116,4	117,7	120,5	123,2	126,0	126,4	126,7	127,1	127,1	127,1	128,5

19. Jahrgang

Berlin, 22. Februar 1952

Nr. 8

Monatl. Zahlenübersicht
Januar 1952

Baugewerbe ^{a)}				1997															
Erwerbstätige dar. Arbeiter	W-B W-B	Anzahl	E	63838 57538	60490 54080	57350 51190	59905 53687	58824 52590	53576 47399	53340 47258	51685 46566	52000 45893	53122 47071	52365 46333	52718 46775	52431 46490	49832 43951	.	
Tagewerke, insgesamt	W-B	1000	S	1285	1215	1024	1010	1175	1066	1028	1062	1019	1072	1020	1056	1061	1016	.	
Enttrümmerung und Abbruch	"	"	"	318	330	309	309	350	256	232	241	216	217	210	197	186	179	.	
Sonstige	"	"	"	967	885	715	701	825	810	796	821	803	855	810	859	875	837	.	
Arbeitsmarkt																			
Erwerbstätige, insgesamt	W-B O-B	1000	E	886 604	878 606	873 605	881 606	885	884	888	890	896	905	907	911	909	896	896	
Selbst.u. mitteil. Fam. Angeh.	W-B O-B	"	"	141 72	141 71	140 71	140 70	141	141	141	140	140	140	140	140	139	139	139	
Arbeiter und Angestellte	W-B O-B	"	"	745 532	738 534	733 534	740 536	745	743	747	750	756	765	767	771	770	757	757	
Arbeitslose, insgesamt	W-B O-B	"	"	279 29	286 28	292 29	286 28	284	290	287	286	292	285	268	263	264	277	284	
" in vH der Arbeitnehmer	W-B O-B	vH	"	27,3 5,1	28,0 4,9	28,5 5,1	27,9 5,0	27,6	28,1	27,7	27,6	27,9	27,1	25,9	25,4	25,6	26,8	27,1	
Sozialversicherung Rentenempfänger	W-B	1000	"	315	317	317	316	317	321	321	326	327	330	330	330	332	335	.	

¹⁾ Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr (ohne öffentl. Kredite). — ²⁾ Einschl. Umlauf außerhalb West-Berlins. — ³⁾ Vom Landesfinanzamt mitgeteilter Durchschnittssatz für 1 DM-West. — ⁴⁾ Berechnet für eine vierköpfige Arbeiterneufamilie nach dem Verbrauchsschema des Statistischen Bundesamtes. — ⁵⁾ Neuberechnung des DIW-Geldverbrauchs auf Basis der Statistik der Bundesbank vom 1. April 1967.

⁶⁾ Ohne Baubehältergewerbe.